

Streit über EU-Angleichung des Verbraucherschutzes

Europa-Parlament geht Vorschlag der Kommission nicht weit genug

hmk: BRÜSSEL, 23. Februar. Im Europa-Parlament regt sich starker Widerstand gegen die Kommissionspläne zur Angleichung der Verbraucherrechte in der EU. Die Fraktionen der Linken, der Grünen und der Sozialisten werfen der Europäischen Kommission vor, den Verbraucherschutz absenken zu wollen. Die von ihr vorgeschlagenen Standards verschlechterten den Schutz in vielen Staaten und verbesserten ihn in keinem einzigen, sagte die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt in Brüssel. Den Plänen zufolge sollen unter anderem Händler die Rückzahlung des Kaufpreises beim Widerruf von Verträgen verzögern können. Auch sollen die Widerrufsfristen für Geschäfte an der Haustür verkürzt werden.

Vor allem aber könnten die Mitgliedstaaten bei einer vollkommenen Harmonisierung der Verbraucherrechte nicht mehr flexibel genug auf neue Herausforderungen reagieren – etwa die derzeit in

Skandinavien kritisierten Angebote von Kleinkrediten an Jugendliche per Handy, sagte die Abgeordnete. Alles müsse dann auf der schwerfälligeren EU-Ebene geklärt werden. Die Sozialisten unterstützen deshalb allenfalls eine Teilharmonisierung, etwa bei den Regeln für Formulare. Der bei den Beratungen federführende Abgeordnete Andreas Schwab (CDU) zeigte sich am Dienstag dennoch optimistisch, dass eine Angleichung der Verbraucherrechte gelingen werde. Selbst wenn nur einzelne Regeln, etwa die Widerrufsrechte, vereinheitlicht würden, sei das für den Handel in Europa ein Fortschritt.

Derzeit gibt es in der EU nur Mindeststandards, dazu gehört eine Gewährleistungshaftung von mindestens zwei Jahren auf jedes Produkt. Die Staaten können aber weitergehende Vorgaben machen. Viele haben das genutzt, etwa bei der Frage, wer darüber entscheidet, ob ein Anbieter fehlerhafte Produkte erset-

zen oder „nur“ reparieren muss. Faktisch hat damit jedes Mitgliedsland ein eigenes Verbraucherschutzrecht. Nach Ansicht der Kommission leide darunter der Handel zwischen den Staaten, besonders über das Internet, weil es für Händler wie Kunden keine ausreichende Rechtssicherheit gäbe. Die SPD-Politikerin Gebhardt bezeichnete die Argumentation der Kommission als „Mär“. Den Handel behinderten sprachliche Grenzen.

Die Mitgliedstaaten haben sich bisher nicht auf eine Linie zu dem Kommissionsvorschlag geeinigt. Im Sommer 2009 hatte ein Vorschlag der schwedischen Ratspräsidentschaft für Aufregung gesorgt, der eine deutliche Verschärfung der Verbraucherschutzregeln vorsah. So sollte die Industrie für Produkte länger haften als bisher. Die amtierende spanische Ratspräsidentschaft verfolgt eher die Linie, die Regeln auf niedrigerem Niveau zu vereinheitlichen.

FAZ 24.02.10